

Antrag 51/I/2019

KDV Mitte

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Rechte der privaten Bankkunden stärken

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bun-
2 desregierung und des Bundestages auf, für die Stärkung
3 der Verbraucherrechte privater Bankkunden einzusetzen.

4

5 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregie-
6 rung und des Bundestages werden aufgefordert den Dis-
7 positionskreditzinssatz und Überziehungszinssatz (gedul-
8 dete Überziehung des Dispositionskredites) allgemein
9 und einheitlich auf 5 Prozentpunkte über den Basiszins-
10 satz der Europäischen Zentralbank (EZB) für alle Banken
11 gesetzlich zu begrenzen.

12

13 **Begründung**

14 Dieser Zinssatz liegt derzeit bei 0,00 Prozent (Stand De-
15 zember 2018), während die Banken und Sparkassen im
16 Durchschnitt 11 Prozent für die Inanspruchnahme des Dis-
17 positionskredites berechnen. Bei den meisten Kreditinsti-
18 tuten entspricht der Überziehungszinssatz dem Disposi-
19 tionszinssatz. Dadurch entsteht eine unverhältnismäßige
20 Belastung der verschuldeten Verbraucher. Durch automa-
21 tisierte Verfahren können Kreditinstitute den gewährten
22 Kredit ohne Angabe von Gründen sofort fällig stellen. Die
23 näheren Umstände der Verbraucher bleiben oftmals un-
24 berücksichtigt und eine nachhaltige Entschuldung unnö-
25 tig erschwert.

**Empfehlung der Antragskommission: Annahme (Kon-
sens)**